

14.02.95

Antrag

des Landes Schleswig-Holstein

zur

a) Entschließung des Bundesrates über ein "Zielpaket zur Abfallvermeidung"

- Antrag der Freien Hansestadt Bremen -

b) Entschließung des Bundesrates zur Novellierung der Verpackungsverordnung

- Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg -

Punkt 8 a) + b) der 680. Sitzung des Bundesrates am 17. Februar 1995

Der Bundesrat möge folgendes beschließen:

"Es ist eine Pfandregelung für Getränkeverpackungen, die keine Mehrwegverpackungen sind, aufzunehmen."

Begründung: (gegenüber dem Plenum)

Um sicherzustellen, daß die gebrauchten Einweggetränkeverpackungen einer stofflichen Verwertung zugeführt werden können, ist eine Bepfandung dieser Verpackungen sinnvoll. Dadurch wird sichergestellt, daß eine größtmögliche Menge dieser Verpackungen gut sortiert einer Wiederverwertung zugeführt wird. Insbesondere für den Freizeitbereich (Stadien, Strände und sonstige Zentren des Fremdenverkehrs) soll erreicht werden, daß die Verpackungen nicht in Papierkörben oder sonstwie ungeordnet verbleiben, sondern wieder zurückgebracht werden.